

Landesjugendring Thüringen
- 22. Vollversammlung -

TOP **08**

Datum: **16.06.2003**

An: **22. Vollversammlung**

Von: **Landesjugendwerk der AWO**

Betreff: **Kinderrechte sind Menschenrechte – Thüringen für eine vorbehaltlose Annahme der UN-Kinderrechtskonvention**

Die Vollversammlung möge beschließen:

Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert die Thüringer Landesregierung auf, durch eine Bundesratsinitiative die Bundesregierung zu einer Rücknahme der Vorbehaltserklärung der UN-Kinderrechtskonvention vom 14.11.1991 hinsichtlich des Ausländervorbehaltes zu bewegen.

Begründung:

Das am 20.11.1989 von der UN-Vollversammlung verabschiedete Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention) wurde am 14.11.1991 vom Bundestag mit einer Vorbehaltserklärung ratifiziert. Die damalige Bundesregierung führte diese Vorbehaltserklärung auf den Widerstand der Bundesländer zurück.

„Ich nehme diese Einwendungen deshalb auch sehr ernst. Eine vorbehaltlose Zustimmung ist aber auf Grund der Haltung der Bundesländer nicht möglich. Gemäß der Lindauer Absprache haben die Länder eine solche Erklärung verlangt. Wir müssen dem entsprechen. Ohne diese Interpretationserklärung kann das Vertragsgesetz nicht verabschiedet werden. Die Kinderkonvention würde scheitern. Da wir das nicht wollen, mussten wir zustimmen...“¹

Alle Verlautbarungen, dass es dringend erforderlich sei, unsere Gesellschaft kinderfreundlicher zugestalten, werden durch Vorbehalte gegenüber einem so abstrakten notwendigerweise von Kompromissen geprägten Instrument wie der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nation in Frage gestellt.

Eine Vorbehaltlose Ratifizierung der Kinderkonvention durch die Bundesrepublik Deutschland kann einen Beitrag zur Bewusstseinsänderung in Bezug auf die Rechte der Kinder darstellen.

Die Vorbehaltserklärung wirkt einer kinderfreundlicheren Gesellschaft entgegen, ist diskriminierend und muss daher zurück genommen werden.

¹ Bundesjustizminister Dr. Klaus Kinkel – Protokoll des Deutschen Bundestages
12 Wahlperiode – 9. Sitzung – Bonn, Donnerstag , den 21.02.1991

Abstimmung:

ja: 48

nein: 0

Enthaltung: 14